

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0  
Telefax: (02 28) 9 15 20-12 (Redaktion)  
9 15 20-15

## Inhalt

Massiven Widerstand der SPD gegen die sich anbahnende unsoziale Wohnungspolitik kündigt **Achim Großmann MdB** an.

Seite 1

Als bürgernah und effizient bezeichnet den Haushaltsentwurf des Europäischen Parlaments dessen Haushaltsausschuß-Vorsitzender **Detlev Samland MdEP**.

Seite 3

Die Natur läßt sich auf Dauer nicht vergewaltigen. Athen muß als Warnsignal verstanden werden, fordert **Dr. Liesel Hartenstein MdB**.

Seite 4

Eine umfassende Reform des Staatsangehörigkeitsrechts ist nach Meinung von **Cornelle Sonntag-Wolgast MdB** notwendig.

Seite 5

Ein politischer Affront ist die Weisung von Umweltminister Töpfer an das Land Niedersachsen, radioaktive Brennelemente in Gorleben einzulagern, für **Dietmar Schütz MdB**.

Seite 6

49. Jahrgang / 207 28. Oktober 1994

### Ein Schlag ins Gesicht der Mieter Zu den Vorschlägen der unabhängigen Expertenkommission "Wohnungspolitik"

Von **Achim Großmann MdB**  
Wohnungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Nach gut zwei Jahren Arbeit legt die im September 1992 eingesetzte Kommission zur Überprüfung der wohnungspolitischen Instrumente in diesen Tagen ihren Abschlußbericht vor.

Ob im Bericht praktikable neue Wege aufgezeigt werden, muß nach einer ersten Einschätzung bezweifelt werden. Man hat eher den Eindruck, daß aus wohnungspolitischen Ladenhütern und wirtschaftsliberalen Theoriespielen ein Mix aus wenig überzeugenden Vorschlägen entstanden ist. Insbesondere die Pläne zur Freigabe der Mieten und dem Ausstieg aus dem sozialen Wohnungsbau trifft auf den schärfsten Widerstand der SPD.

Eine fundierte Einschätzung der Vorschläge und der Möglichkeiten ihrer Umsetzung in die politische Praxis wird erst nach intensiver Auseinandersetzung möglich sein. Diese Auseinandersetzung wird neben den Auswirkungen auf die Mieter vor allem auch die haushalts- und finanzpolitischen Folgewirkungen zu berücksichtigen haben, die aus einer Umsetzung der Expertenvorschläge resultieren: Die Kurzfassung des Abschlußberichts läßt befürchten, daß mit dem Rasenmäher über Mieterinteressen hinweggegangen worden ist, die haushaltspolitischen Auswirkungen der Vorschläge nicht berücksichtigt wurden und die finanzpolitische Quantifizierung fehlt.

Alle Vorschläge der Expertenkommission zur Aufweichung des Kündigungsschutzes als Substanz des Mietrechts lehnen wir vehement ab. Die Kritik an der Privatisierungs-Euphorie in den neuen Bundesländern teilen wir, sie ist eine schallende Ohrfeige für die noch amtierende Bauministerin. Das ist aber nichts Neues.

Erfreulich ist darüber hinaus, daß sich die Expertenkommission für Sonderkonditionen bei der Eigentumsförderung in den neuen Bundesländern stark macht. Sie nimmt damit Vorschläge der SPD-Bundestagsfraktion auf, die sich in der vergangenen Legislaturperiode wiederholt für einen verbesserten Zugang der Menschen in den neuen Bundesländern zum Wohneigentum ausgesprochen hat.

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn  
Postfach 19 01 67, 53097 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement, Preis DM 82,50 mtl.  
zuzügl. MwSt. und Versand.

Damit ist die Liste der begrüßenswerten Vorschläge aber auch schon erschöpft, alle weiteren Überlegungen der Expertenkommission stehen in deutlichem Widerspruch zu den Anforderungen an eine sozialpolitisch verantwortliche, steuerpolitisch gerechte und wohnungspolitisch effiziente Politik.

Die Propagierung des Schuldzinsenabzuges als Alternative zum derzeit gültigen Paragraphen 10e EStG ist in der Vergangenheit auf heftigen Widerspruch seitens der Bausparkassen gestoßen. Die SPD teilt deren Auffassung, daß der Schuldzinsenabzug das Vorsparen bestraft, hohe Einkommensbezieher begünstigt und unkalkulierbare Risiken im Zusammenhang mit Zinssteigerungen beinhaltet, insgesamt also sozial ungerecht ist. Dieser Vorschlag der Kommission steht zudem im deutlichen Widerspruch zu der Forderung, das Wohneigentum in den neuen Bundesländern zu stärken.

Inakzeptabel erscheint zudem die Forderung nach Ergänzung eines nivellierten Bund/Länder-Wohngeldes durch ein kommunales Wohngeld: Die Kommunen, die schon heute an ihren Finanzproblemen zu ersticken drohen, sind auch nicht in Ansätzen in der Lage, weitere Mittel zur Verfügung zu stellen. Hier rächt sich der oben genannte Verzicht auf eine Verdeutlichung finanzieller Konsequenzen.

Auf massiven Widerspruch seitens der SPD trifft die Forderung der Expertenkommission nach einer Verkürzung der Kündigungsfrist bei der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen. Die Länder haben nach zähem Ringen im Vermittlungsausschuß erst kürzlich die Möglichkeit erhalten, Gebiete mit erhöhtem Wohnbedarf festzulegen, in denen eine zehnjährige Kündigungsfrist bei Umwandlung gilt. Eine Korrektur dieses Kompromisses würde zu großer Unsicherheit auf Seiten der Mieterinnen und Mieter führen und ist mit uns nicht zu machen.

Eine Kommission, die darüber hinaus jegliche Kappungsgrenzen bei Mieterhöhungen inklusive des derzeit gültigen Wucherparagraphen des Wirtschaftsstrafgesetzes zugunsten von Vermieterwünschen nach Mieterhöhungen aufheben will, muß sich schon die Frage gefallen lassen, inwieweit sie als "unabhängig" bezeichnet werden kann.

Mit der SPD wird es den von der Kommission propagierten Abschied vom klassischen sozialen Wohnungsbau selbstverständlich nicht geben. Die Kommission bleibt den Beweis dafür schuldig, wie ohne die Objektförderung im sozialen Wohnungsbau die immer größer werdende Wohnungsnot für Familien mit geringem Einkommen bekämpft werden kann. Man wird darüber reden können, wie sozialer Wohnungsbau effektiver zu gestalten ist, ein weitgehender Verzicht steht jedoch für Sozialdemokraten nicht zu Debatte. Die Vorschläge der Expertenkommission werden von uns eingehend geprüft. Ein erstes Fazit zeigt aber, daß der große Wurf ausgeblieben ist. Auch die "Experten" kochen nur mit Wasser.

Die Koalition ist schlecht beraten, wenn sie die Vorschläge der Expertenkommission ungeprüft in ihre Koalitionsvereinbarungen einfließen lassen will: Sie würde sich daran im Bundesrat verheben.

(-/28. Oktober 1994/hgs/ks)

\*\*\*\*\*

**Bürgernah und effizient**  
**Der künftige Haushalt des Europäischen Parlaments**

**Von Detlev Samland MdEP**  
**Vorsitzender des Haushaltsausschusses des Europäischen Parlaments**

Der Haushalt ist die in Zahlen gegossene Politik der Europäischen Union. Unter diesem Leitmotiv haben die Haushaltsberatungen des Europäischen Parlaments in erster Lesung gestanden. Dabei sah sich das Parlament mit dem faktischen Vertragsbruch seitens des Rates zum Eigenmittelbeschluß, also zu der Höhe der Eigeneinnahmen der Union, konfrontiert. In Edinburgh und in der Interinstitutionellen Vereinbarung hatte der Rat die Erhöhung der Eigeneinnahmen auf 1,21 Prozent des BSP für 1995 zugesagt. Dazu war jedoch selbst 22 Monate nach Edinburgh der einstimmige Beschluß des Rates erforderlich. Hinderungsgrund: Italien. Denn die neue italienische Regierung verband Äpfel mit Kartoffeln (die Reduzierung der Rückzahlungen für den regierungsamtlichen Milchquotenbetrug mit dem Eigenmittelbeschluß) und verhinderte so eine einstimmige Entscheidung im Rat, der die Ratifikation in den Mitgliedstaaten ermöglichen würde. Das Parlament hat klar Stellung bezogen: Wer der Union die rechtmäßigen Eigenmittel vorenthält, dem entzieht die Union die ihm zustehenden Leistungen aus der Union. Diese Drohung, die noch in den Beratungen des Haushaltsausschusses für die Italiener zur bitteren Realität wurde, zeitigte Erfolg. Am 21. Oktober 1994 beschlossen die Finanzminister einstimmig den Ratifikationsprozeß. Damit kein Mitgliedstaat dies nun falsch versteht: Wer jetzt nicht rechtzeitig ratifiziert, dem droht die Ausgabensperre!

Im Haushalt selbst mußten drei große Aufgaben gelöst werden: Integration der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), also der sogenannten zweiten Säule des Vertrags von Maastricht, in den Haushalt der Gemeinschaft; Integration der neuen Mitgliedstaaten und eine Stärkung der bürgernahen Programme.

Bisher war die zweite Säule der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) außerhalb der Entscheidungskompetenz des Parlaments angesiedelt. Mit dem Beschluß zum Haushalt 1995 hat das Europäische Parlament ein eigenes Kapital für diese Politik geschaffen. Dabei geht das EP davon aus, daß die GASP durch die Kommission verwaltet wird; die Aktionen, die einstimmig im Rat verabschiedet werden, speziell ausgewiesen werden. Erstes Beispiel: Mostar! Das Parlament hat die Übernahmen der gesamten Ausgaben in Höhe von 80 Millionen ECU für 1995 beschlossen, während noch in 1994 eine Mischfinanzierung galt - 15 Millionen ECU von der Gemeinschaft, 17 Millionen ECU aus den Mitgliedstaaten. Bisher haben nur fünf Staaten gezahlt. Einen Teil dieser Mittel haben wir als Parlament in die Reserve eingesetzt, die nach Vortrag des Administrators entsperret werden.

Das EP hat die Revision der finanziellen Vorausschau für die Erweiterung bereits in den Haushalt integriert. Damit wird das Budget für voraussichtlich 16 Mitgliedstaaten ab dem 1. Januar 1995 gelten. Im Rahmen dieser Aktion sind auch neue Politikfelder bestimmt worden: 35 Millionen ECU für die Unterstützung des Friedensprozesses in Nordirland; 170 Millionen ECU für ein neues Mittelmeerprogramm MEDA, damit soll die Integration der südlichen Anrainerstaaten erreicht werden.

Bürgernah und effizient, das ist die Linie im Bereich der Ausgaben, die unmittelbar die Menschen in der Gemeinschaft berühren, zum Beispiel die Jugendprogramme, die Schaffung eines Follow-up-Rio-Fonds, die Stärkung der Arbeitnehmerrechte und des Verbraucherschutzes.

(-/28. Oktober 1994/hgs/ks)

\*\*\*\*\*

**Warnsignal Athen - die Natur schlägt zurück**  
**Die Natur läßt sich nicht auf Dauer vergewaltigen**

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB

Stellvertretende Vorsitzende des **Umweltausschusses des Deutschen Bundestages**

Griechenland, vor allem aber die Hauptstadt Athen, wurde von schweren Überschwemmungskatastrophen heimgesucht, 14 Menschen verloren ihr Leben, Verwüstungen biblischen Ausmaßes wurden angerichtet.

Riesige Wasser- und Geröllmassen schoben sich durch die Städte und Ortschaften, viele Häuser stürzten ein, die Straßen von Athen glichen einem reißenden Canyon. Autos wurden auf mehrere hundert Meter weit fortgespült und in die Tiefe gerissen.

Die Bilanz der Katastrophe steht noch nicht ganz fest - es geht um Schäden in dreistelliger Milliardenhöhe -, aber eins steht fest: dies ist keine Naturkatastrophe, nicht "höhere Gewalt", der der Mensch hoffnungslos ausgeliefert wäre; im Gegenteil: die Katastrophe ist hausgemacht. Und zwar deswegen, weil wir unentwegt, gedankenlos und blind gegen die Naturgesetze verstoßen.

Ursache Nr. 1 - rücksichtslose Begradigung, Überbauung und Zubetonierung von Flußläufen, was die Fließgeschwindigkeit des Wassers um ein Vielfaches erhöht.

Ursache Nr. 2 - Vernichtung und Verbauung von Flußauen und Überflutungsräumen schon an den Oberläufen der Flüsse.

Ursache Nr. 3 - Zerstörung der Schutzwälder in den Gebirgslagen durch Abholzung und Feuersbrünste, nicht selten aus kurzfristigem Profitdenken gelegt, um weitere Genehmigungen für touristische Einrichtungen zu bekommen. Dadurch entsteht Erosion und der Waldboden wird als Wasserspeicher vernichtet.

Ursache Nr. 4 - durch die im Gang befindliche Klimaerwärmung nehmen die Wetterextreme zu, Stürme und Orkane häufen sich, die Windgeschwindigkeiten steigen bis zu 20 Prozent an.

Anstelle Athens könnten viele europäische, aber auch asiatische Städte genannt werden, die gleichen oder noch viel größeren Gefahren ausgesetzt sind.

Das Fazit lautet: die Natur läßt sich auf Dauer nicht vergewaltigen, sie schlägt zurück. Und die Gefahrenabwehr wird immer teurer.

Die Politik ist am Zuge, und zwar die nationale wie die europäische; um hausgemachte Ursachen zu beseitigen oder wenigstens zu mildern:

- durch ein umfassendes Klimaschutzprogramm, das den Treibhauseffekt abstoppt
- durch eine neue EU-Strukturpolitik, die nicht länger den Grundstücksspekulanten und Industrialisierungsfetischisten Vorschub leistet, sondern das Prinzip einer "nachhaltigen Entwicklung" als Leitlinie setzt.

Heute werden 80 Prozent der EU-Strukturmilliarden für sogenannte Infrastrukturmaßnahmen ausgegeben, das heißt für Straßenbau, Gewerbegebiete, Bau von Kraftwerken. Der ökologische Preis dafür bleibt unbeachtet.

Es ist unentschuldig, daß aus den EU-Strukturfonds weiterhin umweltzerstörende Großprojekte wie die Umleitung von Flüssen, zum Beispiel des Acheloos, Zerstörung von Feuchtgebieten und Abholzung von Wäldern finanziert werden - und dies, ohne daß für die jeweiligen Projekte Umweltverträglichkeitsprüfungen durchgeführt wurden. Solange europäische Länder unter dem Vorzeichen "Entwicklung" sich über alle ökologischen Aspekte hinwegsetzen, solange werden ärmere Länder nicht von abzuhalten sein, mehr Wohlstand ebenfalls auf Kosten

Ihrer natürlichen Lebensgrundlagen zu suchen. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft verfehlt ihr Ziel, wenn sie nicht alles daran setzt, eine Trendwende einzuleiten.

(-/28. Oktober 1994/hgs/ks)

\*\*\*\*\*

### **Ausländerbeauftragte auf verlorenem Posten**

**Eine umfassende Reform des Staatsangehörigkeitsrechts ist notwendig**

**Von Cornelle Sonntag-Wolgast MdB**

**Stellvertretende innenpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion**

Die Studie und deren Kommentierung durch Frau Schmalz-Jacobsen dokumentieren Fehler, Versäumnisse und Stillstand in der Ausländerpolitik der Bundesregierung. Zwar stellt die Ausländerbeauftragte fest, wie sehr die Migranten bereits zum festen Bestandteil der deutschen Bevölkerungsstruktur geworden sind. Aber die Konsequenzen daraus werden nicht gezogen. Das gilt vor allem für die Forderungen nach erleichterter Einbürgerung, der Hinnahme der doppelten Staatsangehörigkeit und Einführung des ius soli zumindest für die dritte Ausländergeneration und die Bemühungen um ein kommunales Wahlrecht für Bürger aus Staaten außerhalb der Europäischen Union.

Mehr als matte Erinnerungen an alte FDP-Positionen, die in der bisherigen Koalition nicht durchgesetzt werden konnten, vermag Frau Schmalz-Jacobsen nicht zu bieten. Nötig wäre aber jetzt Druck auf die CDU/CSU zu Beginn der Koalitionsverhandlungen. Der ist noch nicht einmal ansatzweise zu spüren. Im Gegenteil. Schon gibt es erste Bemerkungen aus den Reihen der Liberalen, die darauf abzielen, die Bedeutung der doppelten Staatsbürgerschaft niedriger zu hängen. Es sieht danach aus, daß die FDP die wenigen, noch vorhandenen Widerhaken im Verhältnis zur Union selbst auszieht, bevor die Verhandlungen überhaupt in Gang gekommen sind. Und das Säbelrasseln der Hardliner aus CDU und CSU macht klar, daß es keine Bereitschaft gibt, die bisherige Ausländerpolitik der Regierung "radikal zu überdenken", wie es die Ausländerbeauftragte vorschlägt.

Frau Schmalz-Jacobsen befand sich bisher in schwacher Position. Jetzt steht sie wohl bald endgültig auf verlorenem Posten. Spätestens am Ende der Koalitionsverhandlungen wird sie sich fragen müssen, ob sie ihr Verbleiben im Amt angesichts des weitverbreiteten Starrsinn in der Migrations- und Flüchtlingspolitik noch mit ihren politischen Grundsätzen vereinbaren kann.

Für die SPD ist die Marschroute klar. Notwendig ist eine umfassende Reform des Staatsangehörigkeitsrechts, die die Bundesregierung in der jetzt beendeten Legislaturperiode schuldig geblieben ist. Bestandteile sind verstärkte und verbesserte Angebote zur Integration der ausländischen Bürgerinnen und Bürger, das heißt Einbürgerungserleichterungen, Hinnahme der doppelten Staatsangehörigkeit, Übergang vom Abstammungs- zum Territorialprinzip spätestens in der dritten Generation. Notwendig sind Novellierungen im Ausländergesetz, darunter der eigenständige Aufenthalts-Status für ausländische Ehepartnerinnen. Fortzusetzen sind die Bemühungen um das kommunale Wahlrecht auch für Bürger aus Staaten, die nicht zur EU gehören; voranzutreiben eine moderne Einwanderungsgesetzgebung und Konzepte zur Bekämpfung von Fluchtursachen.

(-/28. Oktober 1994/hgs/ks)

\*\*\*\*\*

**Ein politischer Affront  
Töpfers Atom-Weisung ist eine Absage an den Energie-Konsens**

Von Dietmar Schütz MdB

Die bundesaufsichtliche Weisung Töpfers an die niedersächsische Landesregierung, innerhalb von 14 Tagen der Einlagerung von bestrahlten Brennstäben aus dem baden-württembergischen Kernkraftwerk Philippsburg zuzustimmen, ist ein politischer Affront der Bundesregierung und des Umweltministers Töpfer.

Es ist zudem eine Absage an alle atomkraft-kritischen Kräfte, die sich ernsthaft um eine Wiederaufnahme der Energiekonsens-Gespräche bemühen. Statt dessen stärkt Töpfer der Atom-Lobby den Rücken - zu Lasten der niedersächsischen Bevölkerung.

Bundesumweltminister Töpfer setzt sich zum wiederholten Male über sicherheitstechnische und politische Bedenken hinweg und forciert mit seiner Weisung ohne Not die Inbetriebnahme von Gorleben, noch ehe eine Verständigung über die Zukunft der Atomenergie in Deutschland erzielt ist.

Damit liegt die alleinige Verantwortung für den Transport und seine Folgen bei ihm.

Denn fest steht: Der Transport ist nicht notwendig. Sowohl Bundes- als auch die betroffenen Länderumweltministerien haben festgestellt, daß aufgrund der vorhandenen kraftwerkseigenen Zwischenlagerungskapazitäten in Philippsburg keine "zwingende Notwendigkeit" zur Auslagerung der Brennelemente und zur Verbringung nach Gorleben besteht.

Es ist daher zu befürchten, daß mit dem Transport ein Endlagerstandort über eine zeitlich unbefristete Zwischenlagerung präjudiziert werden soll.

Für die SPD steht fest, daß die direkte Endlagerung der einzig akzeptable Entsorgungsweg ist. Der Standort Gorleben bietet allenfalls eine Zwischenlagerungsperspektive im Rahmen eines atom- und energiepolitischen Gesamtkonzeptes. Solange ein solches Konzept nicht existiert, darf Gorleben nicht über die Hintertür von Einlagerungsanweisungen aus Bonn festgeschrieben werden.

Ich fordere die Bundesregierung und Bundesumweltminister Töpfer auf, den Energie-Konsens-Dialog wieder aufzunehmen und eine grundlegende Verständigung über Zwischen- und Endlagerstandorte anzustreben, anstatt die Apologeten der Atomenergie weiterhin zu hofieren.

(-/28. Oktober 1994/ings/vo-he)

\*\*\*\*\*